



NOTIZEN VON SUD

Für eine GAP in Übereinstimmung mit der Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft in den Ländern des Südens

Aufgrund ihrer negativen Auswirkungen auf die bäuerliche Landwirtschaft der Länder des Südens verstößt die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gegen die Verpflichtungen der Europäischen Union (EU) in Bezug auf die Kohärenz der Politik mit den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit und die Achtung der Menschenrechte.



Eine von der Commission Agriculture et Alimentation (C2A) und von der luxemburgischen Plattform Meng Landwirtschaft durchgeführte Studie identifizierte unterschiedliche Auswirkungen.

Nur durch eine tiefgreifende Reform der GAP in Verbindung mit der Entwicklung anderer europäischer Politiken könnte die EU ihren Verpflichtungen nachkommen.¹

1 Die drei Auswirkungen der GAP auf die bäuerliche Landwirtschaft der Länder des Südens

Die Auswirkungen der Direktzahlungen auf die in die Länder des Südens exportierten Produkte

Es wurden drei Gruppen von Auswirkungen identifiziert. Die erste resultiert aus dem Export >>>

1. Laurent Levard et Irene Martin Garcia (Gret), PAC : Quelle cohérence avec le développement des agricultures paysannes du Sud, Coordination Sud, 2019. (GAP: Welche Kohärenz mit der Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaften der Südländer, Coordination Sud, 2019.).

von landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln in die Märkte der Länder des Südens, deren Erzeugung mit Mitteln der GAP in Form von Direktzahlungen subventioniert wurden. Auf stark wettbewerbsumkämpften Märkten und angesichts der Kräfteverhältnisse in den Vermarktungsketten, wo die Preise von der Industrie und den Großhändlern bestimmt werden, wirken sich die Direktzahlungen auf den Marktpreis aus (Preise sinken). Das führt dazu, dass Importe aus Europa auf die Märkte der Länder des Südens eine stärkere Konkurrenz darstellen und die Entwicklung von Vermarktungsstrukturen für lokale Produkte gebremst wird. Dies gilt besonders beim billigen Import von Weizen und Milchpulver in die westafrikanischen Märkte. Importweizen steht im Wettbewerb mit anderen lokalen Getreidearten und Stärkeprodukten, während Milchpulver mit lokal produzierter Milch konkurriert. Dieser Wettbewerb wird durch die zunehmende Tendenz der europäischen Hersteller verstärkt, nicht Vollmilchpulver, sondern Pulver aus einer Mischung aus Magermilch und Palmöl zu exportieren, wobei der Preis dieses Milchersatzes um mindestens 30 % unter dem von Vollmilchpulver liegt.

Der Import von Soja aus Ländern Südamerikas, das als Tierfutter verwendet wird

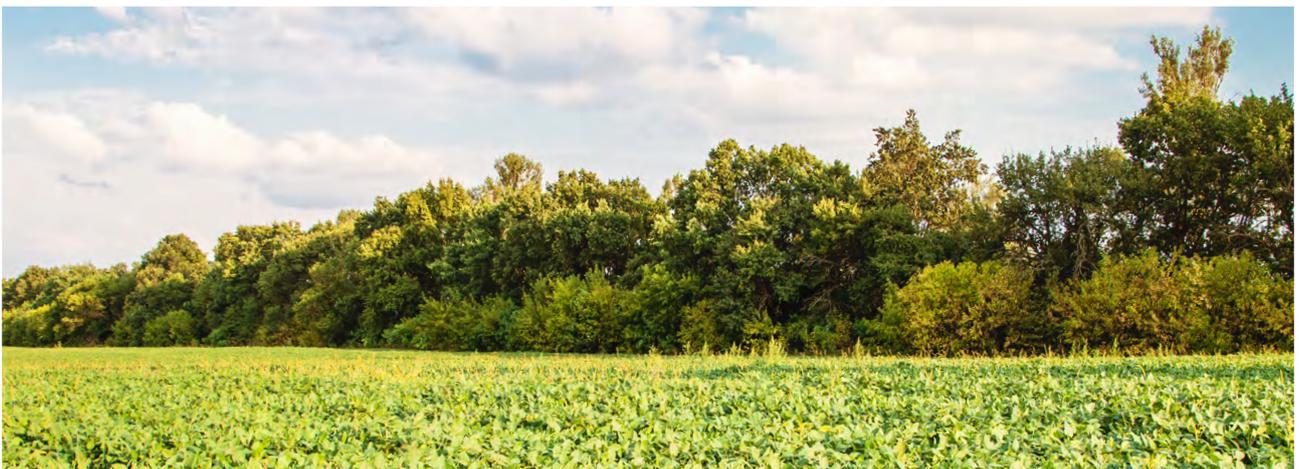
Die Entscheidung, den Großteil des Budgets der GAP für flächenbezogene Direktzahlungen zu verwenden, welche an sehr wenige Umweltauflagen gebunden sind, hat zur Zunahme der produktionsmittelintensiven (Dünger, Pestizide, Bewässerung) landwirtschaftlichen Produktion von konzentrierten Futtermitteln (Kraftfutter) mit hohem Energiegehalt (Getreide, Mais, Silage) und zur Senkung des Selbstkostenpreises geführt. Die Verfügbarkeit von billigem Soja- aufgrund der Produktivitätsbedingungen in den Erzeugerländern und der fehlenden Einfuhrabgaben- begünstigt also die Verwendung von Kraftfutter. In der Tat lässt sich das an Eiweiß reiche Soja perfekt mit energiereichem Kraftfutter kombinieren. Diese Entwicklung wurde daher auf Kosten von nachhaltigen Systemen erreicht, die auf der Verwendung von Futtermitteln mit geringerer Energie- und Proteinkonzentration basieren, wie z.B. die Grünlandnutzung in der Rinderhaltung. Dieses intensive Tierhaltungssystem ist mitverantwortlich für die Ausbreitung des Soja-Modells in Südamerika. Dieses wiederum trägt wesentlich bei zur massiven Entwaldung, zum Ver-

lust von Artenvielfalt, zu Umweltverschmutzung und Vergiftung der Bevölkerung durch den intensiven Einsatz von Pestiziden. Die bäuerliche Bevölkerung der betroffenen Länder ist nicht nur Hauptopfer, sondern wird außerdem zugunsten des Profits der Unternehmen des Agrobusiness sowohl ihres Landes als auch ihrer Existenzgrundlagen beraubt

// Die GAP begünstigte die Entstehung eines Landwirtschafts- und Ernährungssystems mit einem starken Kohlenstoffabdruck. //

Die Emission von Treibhausgasen (THG) durch des europäische Landwirtschafts- und Ernährungsmodell

Diese beträchtlichen Emissionen (bis zu mehr als einem Drittel der gesamten europäischen THG) resultieren insbesondere aus der Massentierhaltung (Emissionen aus der Produktion von Kraftfutter für diese Tiere inbegriffen), aus dem massiven Einsatz von synthetischem Stickstoffdünger, aus dem Energieverbrauch der Landwirtschaftsbetriebe und aus dem Transport von landwirtschaftlichen und Ernährungsprodukten. Die GAP trägt an dieser Situation Mitverantwortung. Sie hält keine Instrumente vor, welche die regionale Produktion fördert, sei es zur Förderung einer Boden gebundenen Tierhaltung, sei es durch ein räumliches Zusammenführen der landwirtschaftlichen Produktion und des Lebensmittelverbrauchs. Die Unterstützung bestimmter landwirtschaftlicher Praktiken, insbesondere von Praktiken mit echter Produktvielfalt innerhalb der Produktionssysteme, ist fast inexistent. Sie hat auch keine Obergrenzen für Beihilfen pro Betrieb. Die GAP begünstigte die Entstehung eines Landwirtschafts- und Ernährungssystems mit einem starken Kohlenstoffabdruck. Die bäuerliche Landwirtschaft der Länder des Südens gehören zu den Bevölkerungen, die am stärksten unter Klimaveränderungen leiden und dessen System von der GAP unterstützt wird.



Vadym Zaitsev © i23RF.COM

Die Auswirkungen der GAP auf die bäuerliche Landwirtschaft der Länder des Südens machen sich **indirekt bemerkbar**: Die GAP bestimmt maßgeblich das europäische Landwirtschafts- und Ernährungssystem, das sich seinerseits negativ auf die bäuerliche Landwirtschaft der Länder des Südens auswirkt.

Die GAP ist im Übrigen nicht die einzige Ursache. In Wirklichkeit ist die **Kombination aus GAP und anderen europäischen und nationalstaatlichen Politiken** (Handels-, Energie-, Umwelt-, Ernährungs-, Transportpolitik sowie die Politik bezüglich des Wettbewerbsrecht und Zusammenarbeit) verantwortlich dafür, wie sich das europäische Landwirtschafts- und Ernährungssystem entwickelt. Diese Kombination generiert negative Auswirkungen auf die bäuerliche Landwirtschaft in den Ländern des Südens.

Da diese verschiedenen Politiken also zusammenwirken, ist es nicht möglich, die anteilige Verantwortung jeder einzelnen an den herausgestellten Auswirkungen zu ermitteln. Es ist aber sehr wohl möglich, **gezielt jene Instrumente der GAP zu benennen, welche Veränderungen in der Landwirtschaft bewirken und damit zu den Auswirkungen beitragen**. Es handelt sich insbesondere um das **System der entkoppelten Direktzahlungen** aus der ersten „Säule“ der GAP. Diese entkoppelten Zahlungen sind flächenbezogene Subventionen für Landwirte und Landwirtinnen, unabhängig von den angewendeten Produktionsmethoden. Diese Zahlungen schlucken den größten Teil des Budgets der GAP und enthalten per Definition keine spezifischen Vorgaben, um die negativen Auswirkungen dieses Landwirtschafts- und Ernährungsmodells für die bäuerliche Landwirtschaft in den Ländern des Südens zu verhindern.

Außerdem sind die Umweltauflagen für die Bewilligung dieser Mittel sehr niedrig, was insbesondere zur Beschleunigung der Entwicklung der Massentierhaltung und zur zunehmenden Trennung von pflanzlicher und tierischer Produktion führt, wobei bekannt ist, dass ein Großteil der negativen Auswirkungen mit dieser Entwicklung zusammenhängt. Die wenigen gekoppelten Zahlungen, welche in diesem Fall auf bestimmte Ziele hin konzipiert und berechnet werden, und die verschiedenen Mittel aus der zweiten „Säule“ der GAP (Komponente der GAP für die ländliche Entwicklung) werden nicht gezielt und ambitioniert genug eingesetzt, um die Wirkung der entkoppelten Mittel aus dem ersten Pfeiler wirkungsvoll auszubalancieren. Die **Maßnahmen zur Regulierung der Landwirtschaftsmärkte**, mit denen Überproduktionen eingegrenzt und Preise, insbesondere bei Milch, auf einem bestimmten Niveau gehalten wurden, wurden wieder abgeschafft. Die derzeitigen „Sicherheitsnetze“ kommen nur ausnahmsweise in extremen Krisensituationen zum Einsatz. Der Wegfall vereinfacht es für die EU, Agrarerzeugnisse zu niedrigen Preisen in die Märkte der südlichen Länder zu exportieren.

2 Unsere Empfehlungen an die europäischen Entscheidungsträger/trägerinnen

Die Empfehlungen für die europäischen und nationalstaatlichen Politiken würden darauf abzielen, die Entwicklung eines europäischen Landwirtschafts- und Ernährungssystems zu fördern, das die folgenden drei Ziele verfolgt:

- (i) Beendigung der Dumpingpraktiken in den südlichen Ländern,
- (ii) schrittweise Senkung und dann Einstellung der Sojaimporte,
- (iii) drastische Reduzierung des Kohlenstoffabdrucks des europäischen Landwirtschafts- und Ernährungssystems.

Einige dieser Empfehlungen können auch zu anderen politischen Zielen beitragen, sei es in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Umwelt oder öffentliche Gesundheit. Darüber hinaus befassen sich diese Empfehlungen speziell mit dem Ziel der Kohärenz der GAP mit den Entwicklungszielen und den Menschenrechten und ergeben sich aus der Analyse der Auswirkungen der GAP auf die bäuerliche Landwirtschaft in den Ländern des Südens, schließen aber andere Empfehlungen (wie die der Plattform für eine andere GAP), die anderen Zielen entsprechen, nicht aus.

// Diese Empfehlung zielt im Wesentlichen darauf ab, den Import von Soja zu reduzieren und dann gänzlich einzustellen und den Kohlenstoffabdruck zu verringern. //

1. Ersetzen des aktuellen Systems der entkoppelten Hilfen durch ein Modell von Subventionen im Interesse der Ziele des agroökologischen Wandels

Diese Empfehlung zielt im Wesentlichen darauf ab, den Import von Soja zu reduzieren und dann gänzlich einzustellen und den Kohlenstoffabdruck zu verringern; ihre Umsetzung würde gleichzeitig aber auch zur Reduzierung der landwirtschaftlichen Überproduktion beitragen. Dieser Wandel, dessen genaue Form für jedes Gebiet und jede Betriebsart definiert werden muss, beinhaltet die Diversifizierung und die Verlagerung der Produktion, die erneute Zusammenführung von tierischer und pflanzlicher Produktion, die Autonomie der Betriebe und Gebiete bei der Beschaffung von Futtermitteln, Eiweiß und Stickstoff, mehr Grünfütterung anstatt anderer Futterarten, die Desintensivierung der Zuchtssysteme, die globale Reduzierung der Tierproduktion (vor allem der Nicht-Wiederkäuer), die Senkung des Energieverbrauchs und besseres Entsorgungsmanagement für Tierexkremate. >>>

Ein solcher Wandel beinhaltet auch Veränderungen bei den nationalstaatlichen Politiken, insbesondere in der Forschung sowie bei der Beratung und Ausbildung im landwirtschaftlichen Bereich. Zusätzlich könnte ein Teil der öffentlichen Transferleistungen für die Bezahlung von Umweltdienstleistungen bei den Landwirten/wirtinnen eingesetzt werden, und zwar über die Umstellungsphase zu ökologischen Modellen hinaus, um diese Systeme attraktiv und rentabel zu machen.

2. Die Einrichtung von Regulierungsmechanismen Agrarmärkte

Diese Maßnahme würde es ermöglichen, Überproduktion und Preisverfall zu vermeiden, insbesondere im Falle von Milch (Ziel- Beendigung der Dumpingpraktiken), da diese sowohl den europäischen Landwirten und Landwirtinnen als auch jenen in den südlichen Ländern schaden.

3. Über die Weiterentwicklung der GAP hinaus müssen sich auch andere Politiken weiter entwickeln.

Damit die Europäische Union und insbesondere ihr Landwirtschafts- und Ernährungsmodell nicht länger negative Auswirkungen für die bäuerliche Landwirtschaft der Länder des Südens produziert, müssen folgende Politiken weiter entwickelt werden:

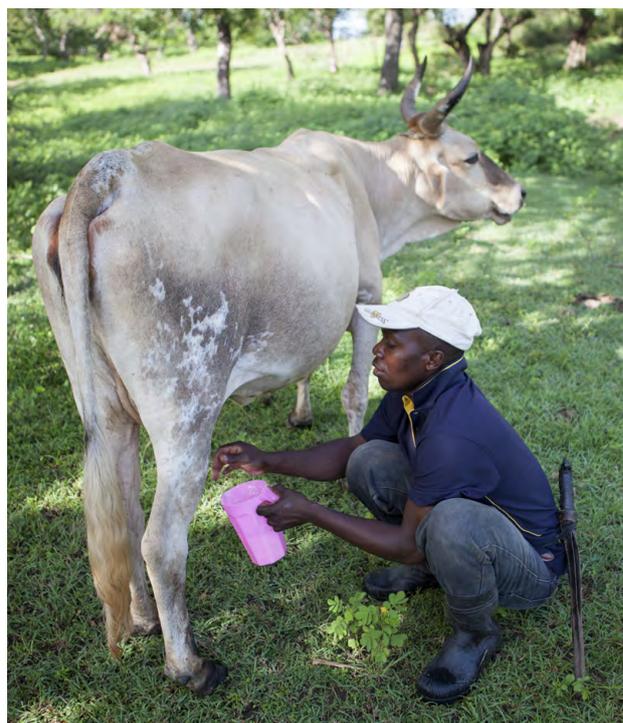
- **Handelspolitik** (Besteuerung der Exporte von landwirtschaftlichen Produkten in Höhe der für die Erzeugung dieser Produkte gezahlten Subventionen, Besteuerung der Sojaimporte, Verbot von GV-Soja und Palmöl, Infragestellung der Freihandelsabkommen);
- **Energiepolitik** (Beendigung der Unterstützung der Erzeugung von Agrotreibstoffen der ersten Generation und von Kulturen, die speziell für die Methanisierung angebaut werden);
- **Umweltschutzvorschriften** (Reduzierung des Einsatzes von synthetischen Stickstoffdüngern und Verkleinerung der Zuchtbetriebe);
- **Transportpolitik** (Vorrang für den Bahnverkehr);

• **Ernährungspolitik** (Anregung, weniger tierische Produkte aus Nicht-Grünfütterhaltung zu konsumieren, Kampf gegen übermäßige Verpackung und Verschwendung);

• **Europäischen Wettbewerbsrecht** (Berücksichtigung der Kriterien für den Ort der Produktionen bei öffentlichen Ausschreibungen)

• **Kooperationspolitik** (Unterstützung der südlichen Länder, die nationale und regionale Märkte schützen und entwickeln und aus der Monokultur für den Export aussteigen wollen);

• Schaffung eines **Beschwerdeverfahrens** zur Anzeige von negativen Auswirkungen durch die Landwirtschafts- und Handelspolitik der EU. ●



Diese Veröffentlichung wurde von der Coordination SUD – Kommission für Landwirtschaft und Ernährung (C2A) erstellt. Im Rahmen seiner Mission, die kollektive Interessenvertretung seiner Mitglieder zu unterstützen, hat Coordination SUD Arbeitsausschüsse eingerichtet.

Die C2A bringt internationale Solidaritäts-NGOs zusammen, die sich für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und eine verstärkte Unterstützung der Familienfarm in Maßnahmen einsetzen, die sich auf die globale Ernährungssicherheit auswirken:

ActionAid France – Peuples Solidaires, Action Contre la Faim, Agter, Artisans du Monde, AVSF, CARI, CCFD – Terre Solidaire, CFSI, Commerce Équitable France, Gret, Iram, ISF Agrista, MADERA, Max Havelaar, Oxfam France, Réseau foi et Justice Afrique Europe, Secours Catholique – Caritas France, SOL, UNMFREO.

C2A gewährleistet die Vertretung der Koordinierung SUD mit Institutionen, die sich mit Landwirtschaft und Ernährung befassen, wie der französischen interdepartementalen Gruppe für Ernährungssicherheit und dem zivilgesellschaftlichen Mechanismus für den Sicherheitsausschuss Welternährungsprogramm.

C2A-Kontakt: Carline Mainenti (AVSF)
E-Mail: c.mainenti@avsf.org

Website: www.coordinationsud.org

Diese Notiz wurde von Laurent Levard (GRET) geschrieben.



Dieser Hinweis wurde mit Unterstützung von AFD erstellt. Die in diesem Dokument zum Ausdruck gebrachten Ansichten geben in keiner Weise den offiziellen Standpunkt von AFD wieder.



ÉDITEUR COORDINATION SUD
14 passage Dubail 75010 Paris
Tél.: 01 44 72 93 72
sud@coordinationsud.org

Veröffentlichungsdirektor: Philippe Jahshan
Koordinatorin: Bénédicte Bimoko
Pflichtabgabe: ISSN 2558-6815